

## Fadegrad



von  
Roland Scheck

## Stadt der Liebe

Ein möglicher Weg zum Schweizer Pass ist die Eheschliessung. Das ist bekannt und deshalb gibt es diverse Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen, welche dem Missbrauch vorbeugen sollen. Das Zivilstandsamt muss aktiv werden, wenn Verdachtsmomente vorliegen, dass es sich um eine Scheinehe oder Scheinpartnerschaft handeln könnte. In diesem Fall füllt der Zivilstandsbeamte eine interne Checkliste aus, auf der die festgestellten Indizien vermerkt werden. Gegebenenfalls werden dem Paar direkt am Schalter Fragen gestellt. Bei Verdacht auf Scheinehe legt das Zivilstandsamt dem Paar eine Erklärung zur Unterschrift vor, worin auf die Strafolgen bei Eingehen einer Scheinehe oder Scheinpartnerschaft aufmerksam gemacht wird. Je nach Fall werden noch weitere Abklärungen getroffen. Gestützt auf die Zivilstandsverordnung fordert das Zivilstandsamt beim Migrationsamt das Dossier an und holt gegebenenfalls Auskünfte bei anderen Behörden oder Dritten ein. Als Beweismittel müssen Fotos, Nachweise über Telefonverbindungen, Briefe von Verwandten, Freunden sowie Nachbarn eingereicht werden, welche die Aufrichtigkeit der Beziehung beweisen können. Kann der Verdacht auf Scheinehe oder Scheinpartnerschaft dadurch nicht entkräftet werden, werden die Partner getrennt angehört, unter Umständen im Beisein von Dolmetschern.

So weit, so gut. Alles sauber geregelt. Nur sei dann die Frage erlaubt, weshalb keine Scheinehen aufgedeckt werden. Obwohl ein Drittel aller Eheschliessungen im Kanton Zürich durch das Zivilstandsamt der Stadt Zürich durchgeführt werden, hat die Stadt Zürich bis anhin keine einzige Verweigerung einer Eheschliessung ausgesprochen. Null! Zero! Zürich muss die Stadt der Liebe sein. Allerdings wird diese Schlussfolgerung in Anbetracht des hohen Ausländeranteils nicht gerade plausibler. Auch dem Stadtrat ist die Quote offensichtlich nicht ganz geheuer, weshalb er sich in seiner Erklärung in die weichen Faktoren flüchtet: «Nicht alle Paare heiraten aus purer Liebe, aber deswegen trotzdem nicht zum Schein.» Und weiter: «Es ist letztlich nicht aussergewöhnlich, wenn bei einer Eheschliessung mitunter auch sachliche und handfeste Motive und nicht ausschliesslich die gegenseitige Zuneigung im Spiel sind.» Offen bleibt die Frage, ob der Stadtrat unter «sachlichen und handfesten Motiven» auch die Einbürgerung subsummiert. Die Statistik spricht hingegen eine klare Sprache. Im rot-grünen Zürich werden keine Scheinehen aufgedeckt. Punkt. Ein deutliches Signal nach aussen. Oh kommet nach Zürich, ihr Ehevilligen. Hier winkt die Liebe. Und anschliessend der Schweizer Pass.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Fristerstreckung für die Realität

Zurzeit schaltet die Volkspartei Zeitungsinserate. Darin werden die Auswirkungen der selbstzerstörerischen Einwanderungspolitik schonungslos aufgedeckt.



Samuel Balsiger  
Gemeinderat SVP  
Zürich 9

So heisst es in einer Anzeige: «Um die Wohnungsnot zu beheben, baut die Stadt jährlich rund 2000 Wohnungen. Gleichzeitig holen die Linken mit ihrer Einwanderungs- und Asylpolitik jedes Jahr rund 10000 zusätzliche Ausländer nach Zürich. Es fehlen jedes Jahr 8000 Wohnungen – und wenn mal eine Wohnung frei wird, darf ein Genosse mit guten Beziehungen einziehen ...»

## Der Mittelstand massiv unter Beschuss

Die Masseneinwanderung verursacht eine elende Wohnungsnot. Die Masseneinwanderung lässt die Mieten stark steigen. Die Masseneinwanderung ist die Gefahr für den Mittelstand. Verdrängungskampf auf dem Arbeitsmarkt, steigende Kriminalität und Dichtestress sind weitere negative Folgen der unkontrollierten Einwanderung. Dass diese Tatsachen von EU-freundlichen Kreisen unterschlagen und verharmlost werden, ist längst bekannt. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht mehr täuschen. Zu offensichtlich sind die gravierenden Missstände. Die europhilen Kräfte versuchen jedoch auch heute noch, die Langzeitschäden und immensen öffentlichen Kosten gänzlich aus der Diskussion auszublenden. Aber die

Realität ist immer stärker als von Menschen konstruierte fiktive Utopien. Der Sozialismus funktioniert nicht. Aber die SP kämpft weiter dafür. Und die Schweizer Grenzen für 500 Millionen potenzieller Einwanderer zu öffnen, musste ebenso grandios scheitern. Auch hier irrglauben die Linken weiter.

## Linke Politik verursacht Kosten von Hunderten Millionen Franken

Konkret ging es am letzten Mittwoch um die Weisung 2012/96. Die Vorlage stammt aus den Federn der AL. Diese Partei bewegt sich am äusseren linken Rand. Deren Stadtrat Wolff empfindet den linksradikalen und militanten Schwarzen Block als eine «interessante Ergänzung». Die Weisung gibt an, dass die Stadt und verschiedene Genossenschaften viele Wohnungen erstellen und deshalb ein Projektkredit für ein neues Schulhaus benötigt wird. Zur Information: In der Stadt Zürich müssen wegen der Masseneinwanderung sieben neue Schulhäuser gebaut werden. Kosten: 500 Millionen Steuerfranken!

## Der Teufelskreis und dessen gigantische Kosten

Die Weisung führt also ungewollt den Teufelskreis der linken Politik vor Augen: Jedes Jahr strömen Tausende Personen in die subventionswütige Stadt. Die Mieten steigen dadurch stark. Freie Wohnungen sind faktisch nicht mehr vorhanden (Leerwohnungsquote von nahe null), Wohnungsnot entsteht. Die Stadt Zürich plant deshalb in sozialistischer

Tradition, 15 Milliarden Steuerfranken in den sogenannten «sozialen Wohnungsbau» zu investieren. Woher diese gigantische Summe kommen soll, weiss niemand. Aber das hinderte die SP und die Grünen noch nie, fremdes Geld auszugeben. Durch das städtische «Angebot» steigt die Attraktivität für Einwanderer zusätzlich. Die Bautätigkeit kann der Nachfrage (Masseneinwanderung) unmöglich nachkommen. Somit fehlen jedes Jahr Tausende Wohnungen. Die Stadt investiert also noch mehr Steuergelder in den sogenannten «sozialen Wohnungsbau». Durch die massive Einwanderung muss zudem neue Infrastruktur (unter anderem Schulhäuser) erstellt werden. Das städtische «Angebot» dehnt sich markant aus und wird von zusätzlichen Personen in Anspruch genommen. Ein Teufelskreis.

Dies ist eine Realität, der sich die Schweiz und insbesondere Zürich stellen muss. Dass Gelder für wirk-

lich benötigte Schulhäuser gesprochen werden müssen, ist unbestritten. Aber ist es notwendig, potenziell 500 Millionen EU-Bürger in die Schweiz einzuladen und dafür eine Infrastruktur (Schulhäuser, Züge, Verwaltungspersonal, Krankenhäuser, Wohnungen etc.) mit öffentlichen Geldern auszubauen oder bereitzustellen? Dazu kommt noch das Asylchaos und der damit verbundene Familiennachzug. Die Langzeitkosten für die Masseneinwanderung sind enorm!

Aber der links und links-aussen dominierte Stadtrat will sich dieser Realität nicht stellen. Er beantragte im Gemeinderat eine Fristerstreckung für die Bearbeitung der Weisung. Oder besser: eine Fristerstreckung, um sich nicht der Realität stellen zu müssen. Aber die einzig korrekte Antwort auf das gravierende Problem kennt sowieso nur die SVP zusammen mit dem Volk: Die Masseneinwanderung muss endlich gestoppt werden!

Wir schauen hin, wo andere wegschauen:

## Linker Wohnungsbau – Wir Schweizer sind die Verlierer!

So sieht die Wohnpolitik der Linken aus:

- ✗ Um die Wohnungsnot zu beheben, baut die Stadt jährlich rund 2'000 verbilligte Wohnungen
- ✗ Gleichzeitig holen die Linken mit ihrer Einwanderungs- und Asylpolitik jedes Jahr rund 10'000 zusätzliche Ausländer nach Zürich
- ✗ Das Nachsehen haben wir Schweizer: Es fehlen jedes Jahr 8'000 Wohnungen – und wenn mal eine Wohnung frei wird, darf ein Genosse mit guten Beziehungen einziehen...

**Wer das nicht will, wählt SVP!**

VP der Stadt Zürich, Postfach 6612, 8050 Zürich, www.svp-stadt-zuerich.ch

Liste 1 SVP

## 200 Jahre völkerrechtliche Neutralität

Am 19. März 2015 fand im Kongresshaus Zürich ein Festakt statt. In festlicher Atmosphäre sprachen Christoph Mörgeli zur Neutralitätserklärung am Wiener Kongress 1815, Roger Köppel zum Wesen der schweizerischen Neutralität und Christoph Blocher zu «Wie Bundesbern die Neutralität preisgibt». Die Reden sind auf [www.svp-zuerich.ch](http://www.svp-zuerich.ch) anzusehen.



Christoph Blocher warnte vor der stückweisen Preisgabe der Neutralität durch Bundesbern.



Roger Köppel bekräftigte die Notwendigkeit und den Nutzen der Neutralität für die Schweiz.



Christoph Mörgeli erklärte die Entwicklung der Neutralität in der Schweizer Geschichte.



1300 Besucher nahmen am Festakt im Kongresshaus teil.

(Bilder: Christian Mettler)